

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/08/2019

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am
28.10.2019,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn öffentlicher Teil : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:28 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi	außer TOP 15
Frau Doris Brandt	
Herr Claas-Christian Dähnhardt	
Herr Jürgen Eckert	Top 9, TOP 15
Herr Peter Egan	
Herr Uwe Gaumann	
Herr Rolf Griesenberg	
Frau Susanna Hansen	
Frau Nicole Johannsen	
Herr Volkmar Kleinschmidt	
Herr Eckehard Knoll	
Frau Cordelia Koenig	
Herr Markus Kubczigk	
Herr Stephan Lamprecht	
Herr Detlef Levenhagen	
Frau Nadine Levenhagen	
Herr Horst Marzi	
Herr Ali Haydar Mercan	
Herr Andreas Plässer	
Herr Jochen Proske	
Herr Bela Randschau	
Herr Leon Rathje	bis TOP 13
Herr Bernd Röper	
Herr Wolfgang Schäfer	
Frau Kirstin Schilling	
Frau Karen Schmick	
Herr Christian Schmidt	
Herr Erik Schrader	
Herr Christian Schubbert-von Hobe	
Herr Wolfdietrich Siller	

Herr Matthias Stern
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Herr Michael Stukenberg
Frau Silke von Stockum

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Julia Fest

Geschäftsführerin der Stadtwerke
Ahrensburg GmbH TOP 16

Herr Christof Schneider

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Marcel Grindel
Herr Peter Kania
Herr Thomas Reich
Frau Imke Bär
Herr André Nagel
Frau Carina Last
Frau Azubi Sabrina Trahn
Frau Birgit Reuter

- Auszubildende
- Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Timo Hennig
Frau Susanne Lohmann
Herr Marcus Olszok

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2019 vom 26.08.2019
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2019 vom 23.09.2019
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO — k e i n e —
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 13/2019
8. Projekt Schulbrücke Grundschule Am Reesenbüttel Kooperationsvereinbarung WABE e. V. **2019/066**
9. Peter-Rantzau-Haus **2019/106**
 - Erhöhung des Zuschusses um 50.000 €
 - Erhöhung der Öffnungszeiten auf 55 Stunden/Woche
10. Förderung durch den Investitionspakt Soziale Integration im Quartier **2019/126**
Hier: Bruno Bröker Haus, Nutzungskonzept
11. Raumprogramm für den Rathuserweiterungsbau der Stadt Ahrensburg **2019/090/1**
12. Beteiligung der Stadt Ahrensburg an den Planungskosten für die Verlängerung der Rechtsabbiegerspur von der L224 (verlängerter Ostring) auf die BAB A1 Richtung Hamburg **2019/124**
13. Bericht des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Prüfung 2017 **2019/086**
 - Stellungnahme der Verwaltung
14. Jahresabschluss 2017 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes **2019/120**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Hoefling teilt mit, dass er aus zeitlichen Gründen leider nicht mehr in der Lage ist, das Infoportal Ahrensburg TV auf Facebook weiter zu betreiben und bedankt sich bei der Selbstverwaltung für das entgegengebrachte Vertrauen. Bürgermeister Wilde bedankt sich im Namen der Stadtverordneten bei Herrn Hoefling für die fünfeinhalbjährige sehr gute Zusammenarbeit und bedauert die Aufgabe des auch von den Einwohnern und Einwohnerinnen sehr gut angenommen Infoportals Ahrensburg TV.

Bürgermeister Wilde gibt bekannt, dass die geplante Einwohnerversammlung am 28.11.2019 nicht stattfinden wird, da die Referentin zum Thema „Ahrensburg und seine Schutzgebiete“ kurzfristig abgesagt hat. Ersatz konnte kurzfristig nicht mehr gefunden werden.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Zillmann, zweiter Vorsitzender der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e. V., hat in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.09.2019 verschiedene Fragen zum Eingemeindungsvertrag Ahrensfelde gestellt. Das Antwortschreiben ist als Anlage beigefügt. Zusammenfassend wird seitens der Stadt Ahrensburg festgestellt, dass aus dem Eingemeindungsvertrag keine Rechte im Hinblick auf eine Südtangente geltend gemacht werden können.

Weitere Fragen und Anregungen werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Im Rahmen des Tagesordnungspunktes 11. „Raumprogramm für den Rat-hauserweiterungsbau der Stadt Ahrensburg“ wurde eine neue Vorlage.1 2019/090/1 erstellt.

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 15. Grundschule am Aalfang (Vorlagen-Nr. 2019/127), 16. Zusammenarbeit zwischen Eigengesellschaften (Vorlagen-Nr. 2019/118/1), 17. Erstattung von Planungskosten an den Vorhabenträger des Bauvorhabens Kastanienallee (Vorlagen-Nr. 2019/009/1) sowie 18. Grundstücksangelegenheiten (Vorla-gen-Nr. 2019/114/1) und 19. Vorlagen-Nr. 2019/122 in nicht öffentlicher Sit-zung mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stadt-verordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 15.10.2019 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2019 vom 26.08.2019

Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2019 vom 26.08.2019 bestehen nicht.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2019 vom 23.09.2019

Die Anwesenheitsliste der Niederschrift wird dahingehend ergänzt, dass der Vorsitzende des Kinder- und Jugendbeirates Herr Daniel Goetz während der gesamten öffentlichen Sitzung anwesend war.

Weitere Einwände bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 13/2019

Der Finanzbericht Nr. 13/2019 wird zur Kenntnis gegeben (**siehe Anlage**).

**8. Projekt Schulbrücke Grundschule Am Reesenbüttel
Kooperationsvereinbarung WABE e. V.**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/066 zu, der wie folgt lautet:

1. Der Fortsetzung der Finanzierung des Projektes „Schulbrücke“ an der Grundschule Am Reesenbüttel ab 01.01.2020 wird zugestimmt. Die Mittel in Höhe von 16.000 € werden im Haushalt (PSK 36312.5318000) bereitgestellt.
2. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Ahrensburg, der Grundschule Am Reesenbüttel und der WABE e. V. wird zum 01.01.2020 abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Peter-Rantzau-Haus

- Erhöhung des Zuschusses um 50.000 €
- Erhöhung der Öffnungszeiten auf 55 Stunden/Woche

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 GO war Stadtverordneter Eckert von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Er verließ während der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes den Sitzungsraum.

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/106, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Der Vertrag mit der Arbeiterwohlfahrt Ahrensburg e. V. (AWO) zum Betrieb der Bürgerbegegnungsstätte Peter-Rantzau-Haus vom 22.12.2010 wird mit Wirkung zum 01.01.2020 wie folgt geändert:

§ 4 Abs. 1

Die Bürgerbegegnungsstätte ist an mindestens 55 Wochenstunden an mindestens fünf Wochentagen sowie an verschiedenen Wochenenden für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen.

§ 8 Abs. 2 Satz 1

Der Träger erhält für die Deckung der nach Abs. 1 verbleibenden, notwendigen tatsächlich entstandenen Kosten des Betriebes [...] einen städtischen Zuschuss in Höhe von maximal bis zu 400.000 € pro Jahr (zuzüglich Preisgleitklausel gemäß § 8 Abs. 9).“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Stadtverordneter Randschau befürwortet im Namen der SPD-Fraktion das Nutzungskonzept Bruno-Bröker-Haus, bemängelt jedoch, dass deren zugrundeliegende Planung voraussetzt, dass eine Tiefgarage unter dem Stormarnplatz errichtet werde. Dies würde dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit einer ergebnisoffenen Planung widersprechen. Die SPD-Fraktion wird sich deshalb der Stimme enthalten.

Stadtverordneter Mercan befürwortet im Namen der Fraktion DIE LINKE das Nutzungskonzept Bruno-Bröker-Haus, kritisiert jedoch, dass noch keine Mehrheit für eine Tiefgarage unter dem Stormarnplatz in der Stadtverordnetenversammlung bisher erzielt worden sei; eine Tiefgarage jedoch bei dem Nutzungskonzept vorausgesetzt werde. Dementsprechend wird sich die Fraktion DIE LINKE bei der Abstimmung enthalten.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/126, der wie folgt lautet, zu:

- „1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.03.2018 (Vorlage Nr. 2018/026/1) wird beim Bruno-Bröker-Haus um die Aufnahme einer beabsichtigten Wohnraumnutzung im Erdgeschoss des linken Gebäudeteils (aktuell Umkleidekabinen der Ahrensburger Fußballvereine) erweitert.
2. Dem vorliegenden Nutzungskonzept des Bruno-Bröker-Hauses (**Anlage 2 zur Vorlage-Nr. 2019/126**) wird zugestimmt und zur Vervollständigung dem Förderantrag Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ beigefügt.“

Abstimmungsergebnis: 25 dafür
11 Enthaltungen

11. Raumprogramm für den Rathausenerweiterungsbau der Stadt Ahrensburg

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Stern kritisiert, dass das Schreiben des Innenministeriums vom 24.10.2019 keiner Fraktion vorgelegen habe, obwohl mehrere Fraktionen in der Sitzung des Hauptausschusses ihre Entscheidung von der Förderfähigkeit abhängig gemacht hätten. Gem. dem Schreiben vom 24.10.2019 würde eine Förderfähigkeit unabhängig vom Standort gegeben sein.

Stadtverordneter Stern beantragt eine Unterbrechung der Sitzung für 15 Minuten.

Stadtverordneter Schubbert bittet, vor einer Unterbrechung der Sitzung zunächst um Auskunft über die Sachlage durch die Verwaltung.

Die Verwaltung erläutert, dass im Hauptausschuss eine Vorstellung der Varianten 1 und Variante 3 mit jeweils einem Saal erfolgt ist. Auf telefonische Nachfrage beim Innenministerium gibt es Varianten, bei denen der Saal förderfähig ist, aber auch nicht förderfähig ist. Im Zusammenhang einer Rathausenerweiterung mit einem Saal ist der Saal nicht förderfähig. Der Saal ist förderfähig im Zusammenhang mit der Volkshochschule und der Bücherei und er ist alleine förderfähig.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion DIE LINKE spricht sich, um eine detaillierte schriftliche Auskunft des Innenministeriums über die Förderfähigkeit zu erhalten, für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes aus.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Vertagung aus, da ein Ministerium die Förderfähigkeit erst abschließend beantwortete, wenn sämtliche Unterlagen zur Prüfung der Förderfähigkeit vorliegen würden. Eine Nachfrage würde zu keinem anderen als dem vorliegenden Ergebnis führen.

Nach weiteren Erläuterungen durch die Verwaltung zieht Stadtverordneter Mercan die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes zurück.

Dem Antrag des Stadtverordneten Mercan auf Unterbrechung der Sitzung für 25 Minuten wird einstimmig zugestimmt.

Nach Unterbrechung der Sitzung stellt Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion den Antrag, den Tagesordnungspunkt „Raumprogramm für den Rathausenerweiterungsbau der Stadt Ahrensburg“ zu vertagen.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion DIE LINKE plädiert für die Variante 2 b der Vorlagen-Nr. 2019/090/1, um mit dem Rathausenerweiterungsbau beginnen zu können.

Die Errichtung eines ggf. förderfähigen Saals sei unabhängig von dieser Beschlussfassung und sollte im Nachgang weiter beraten werden.

Bürgermeister Sarach spricht sich gegen eine Vertagung auf die kommende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung aus, um den Mitarbeitern im Rathaus Nord eine zeitnahe Rückkehr ins Rathaus in der Manfred-Samusch-Straße zu ermöglichen.

Stadtverordneter Proske von der SPD-Fraktion bestätigt, dass alle ein Interesse an einer zeitnahen Beendigung der provisorischen Lösung „Rathaus Nord“ hätten. In der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses sei mehrheitlich eine klare Zielsetzung der Selbstverwaltung formuliert worden. Da über die Förderfähigkeit eines Saales erst Aussagen getroffen werden könnten, wenn sämtliche Unterlagen vollständig eingereicht worden seien, könne zu diesem Zeitpunkt sinngemäß noch keine Aussage über eine Förderunfähigkeit getroffen werden. Ausschließlich das schriftliche Antwortschreiben des Innenministeriums sei vorab bekannt gewesen, jedoch nicht das Ergebnis der weiteren mündlichen Anfrage. Stadtverordneter Proske spricht sich deshalb für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes aus.

Anschließend wird über den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes „Raumprogramm für den Rathausenerweiterungsbau der Stadt Ahrensburg“ Vorlagen-Nr. 2019/090/1 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	22 dafür
	9 dagegen
	5 Enthaltungen

Der Tagesordnungspunkt wird somit vertagt.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion stimmt „unter Protest“ dem Beschlussvorschlag zu. Er kritisiert, dass es sich bei dieser Angelegenheit um keine Aufgabe der Stadt handele, sondern die Stadt lediglich eintrete, da die zuständigen Stellen nicht gewillt seien, Probleme abzustellen.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/124, der wie folgt lautet, zu:

- „1. Die Stadt Ahrensburg beteiligt sich an der Planung für die Verlängerung der Rechtsabbiegerspur auf den Ostring/L224 auf die Bundesautobahn A1 Richtung Hamburg mit einem Anteil von bis zu 50 % der voraussichtlichen Kosten, maximal jedoch mit 50.000 €.
2. Die Mittel werden bei PSK 54300.1991010 „Landesstraßen/RAP aus geleisteten Investitionszuschüssen für unbeweglichem Vermögen“ gem. § 95 d GO außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in derselben Höhe bei PSK 51100.5431010 „Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen/spezielle Geschäftsaufwendungen“.

Abstimmungsergebnis: 34 dafür
2 Enthaltungen

13. Bericht des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Prüfung 2017 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion greift nachfolgende exemplarische Aussagen wie folgt aus dem Bericht des Landungsrechnungshofs auf:

- Zwar sei die Finanzlage solide, jedoch lasse die vergleichsweise gute und finanzielle Ausgangslage gezieltes und wirtschaftliches Agieren in einigen Bereichen vermissen. Auf der Einnahmeseite seien Entwicklungen aufgrund einer nachlassenden Konjunktur mit Auswirkung auf die Steuereinnahmen zu beachten. Neuregelungen bei der Grundsteuer werden die Selbstverwaltung beschäftigen. Es gelte jedoch auch entfallende Straßenausbaubeiträge zu kompensieren.
- Im Zeitraum 2013 bis 2021 würden fünf Jahresergebnisse negativ sein, wenn nicht getätigte und geplante Grundstücksverkäufe von rund 12,7 Millionen € getätigt worden wären. Ahrensburg zehre vom Bestand. Es könne kein Haushaltsausgleich erzielt werden, ohne „Tafelsilber“ einzusetzen. Jedoch seien die eigenen Grundstücke in der Anzahl begrenzt. Zurzeit beständen im Gegenteil Überlegungen Grundstücke zu erwerben.
- Ahrensburg habe kein Problem der Einnahmen sondern der Ausgaben. Die Stadt sollte Ihre Ausgaben auf Einsparpotentiale prüfen. Strategische Überlegungen zur Personalentwicklung, wirtschaftlichen Abläufen oder stimmigen Zielvorgaben würden zu kurz kommen. Organisation sei vor allem Führungs- und Steuerungsaufgabe. Die Selbstverwaltung müsse eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten, wobei die Hauptlast bei der Verwaltung liege. Das Problem sei, dass im Rahmen der Haushaltskauren man sich in erster Linie mit fünf Prozent Veränderung beschäftige.
- In den Jahren 2014 bis 2018 habe Ahrensburg mit zusätzlich 15,2 Stellen den zweithöchsten Stellenzuwachs der geprüften Städte erfahren. Der Personalaufwand falle in der Kernverwaltung mit 220 € überdurchschnittlich hoch aus. Vielleicht könnten Maßnahmen des E-Governments helfen, aber auch hier sei die Umsetzung aufwendig und binde zunächst Personal.
- Bei umgesetzten baulichen Investitionen könne Ahrensburg auf eine eher rückläufige Umsetzungsquote blicken, während übertragene Ermächtigungen weiterhin anwachsen würden. 2017 seien lediglich 43,7 % der Investitionen abgearbeitet worden, anstatt der empfohlenen 60 %. Aufbau und ablauforganisatorische Schwachstellen würden zu diesem Abschneiden beitragen.

Es sollten nur seriös geplante Vorhaben in die Planung eingestellt werden. Hierzu gehöre auch, dass die Verwaltung für sich die Umsetzung als realistisch erachte und sich hieran messen lasse.

- Werte sollten durch Bauunterhaltung gesichert werden. Durch zu niedrige Bauunterhaltungskosten bestehe die Gefahr überproportional steigender Reparaturkosten. Nach empfohlener Richtlinie habe Ahrensburg in den Jahren 2013 bis 2017 rund 2,1 Millionen € zu wenig geleistet.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion führt aus, dass im Rahmen der Prüfung des Berichtes des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Prüfung 2017 mit einem Vergleich der Städte Bad Oldesloe, Bad Schwartau und Kaltenkirchen, die Stadt Ahrensburg überwiegend am schlechtesten bewertet worden sei und zählt beispielhaft folgende Aussagen des Landrechnungshofes auf:

- die Forderungsaußenstände seien am höchsten
- eine sehr hohe Krankheitsquote, die Fehlzeiten würden sich auf 1,43 Millionen € summieren
- zweithöchster Stellenzuwachs mit einem Personalaufwand im oberen Bereich
- lediglich 30 % der Dienstregelungen würden eine annehmbare Aktualität haben
- Dienstanweisungen seien mangelhaft
- fehlende Stellenbeschreibungen
- keine Erstellung von Personalberichten seit 2015
- keine verwaltungsübergreifenden Vertretungsregelungen
- keine Umsetzung der Beurteilungsrichtlinien

Die Mängel seien in der Stellungnahme der Verwaltung zu dem Bericht des Landesrechnungshofes mit Personalunterbesetzungen begründet worden. Dies sei nicht nachvollziehbar.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass im Rahmen der Stellungplanberatungen 2020/2021 über die Bereitstellung von zusätzlichen Stellen die Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Prüfung 2017 mit berücksichtigt werden sollte.

Stadtverordneter Dähnhardt von Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die Doppik viel Zeit und Personal gebunden habe und insofern Arbeiten im Fachbereich I liegengeblieben seien, alledem jedoch jährlich ein Teil der nicht bearbeiteten Aufgaben erledigt worden sei. Er moniert, dass der Bericht des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Prüfung 2017 nicht mehr aufgrund der Nichterhebung von Straßenausbaubeiträgen im Stadtgebiet und bereits von der Verwaltung abgearbeiteter Aufgaben aktuell sei. Die Verwaltung benötige Personal um den Forderungen des Landesrechnungshofes gerecht zu werden.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion entgegnet, dass auch andere Städte die gleichen Herausforderungen und Aufgaben, wie z. B. die Einführung der Doppik, gehabt hätten, jedoch nicht einen entsprechenden Stellenzuwachs wie die Stadt Ahrensburg, aufweisen. Durch entsprechende Organisation hätte die Verwaltung die Ziele auch mit weniger Stellen erreicht. Er weist darauf hin, dass aufgrund steigender Personalkosten sich die zu Verfügung stehenden Mittel im Haushalt für freiwillige Leistungen bzw. soziale Maßnahmen weiter reduzieren werden. Die FDP-Fraktion möchte nicht in die Lage kommen, aufgrund gestiegener Personalkosten soziale Maßnahmen streichen zu müssen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Bürgermeister Sarach, Stadtverordnete Levenhagen und Egan.

Anschließend stimmt die Stadtverordnetenversammlung dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/086 der wie folgt lautet zu:

„Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die als **Anlage 2 der Vorlagen-Nr. 2019/086** beigefügte Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Prüfung 2017 gemäß § 28 Nr. 21 zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis: 34 dafür
2 dagegen

14. Jahresabschluss 2017 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Egan fügt als Vorsitzender des Finanzausschusses hinzu, dass das Jahr 2017 eine Liquiditätsreserve von 17.000.000 € aufweise. Der Jahresabschluss 2017 sei der erste Jahresabschluss, den die Verwaltung ohne externe Hilfe erstellt habe, was zeige, dass über die Jahre eine Expertise aufgebaut worden sei. Entsprechend den Ausführungen des Rechnungsprüfungsamtes haben sich viele Prozesse im Zusammenhang mit den Jahresabschlüssen verbessert. Schwachpunkte seien jedoch noch die fehlende Inventur seit 2009 und das mangelhafte Forderungsmanagement.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/120, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„1. Der Jahresabschluss 2017 der Stadt Ahrensburg wird gemäß § 95 n GO wie folgt beschlossen:

- mit der Bilanzsumme von 213.485.966,64 €
- in der Ergebnisrechnung mit
 - Erträgen von 80.048.311,19 €
 - Aufwendungen von 67.882.373,47 €
- und somit einem Jahresüberschuss von 12.165.937,72 €
- in der Finanzrechnung mit
 - Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 75.694.771,69 €
 - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 58.322.119,35 €
 - Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 5.587.234,95 €
 - und
 - Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 11.720.819,46 €

Der Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 12.165.937,72 € wird der Ergebnissrücklage zugeführt (Stand 31.12.2017: 15,35 Mio. €).

2. Der Jahresabschluss 2017 – Städtebauförderung – der Stadt Ahrensburg wird gemäß § 95 n GO wie folgt beschlossen:

- mit der Bilanzsumme von 5.429.729,55 €
 - in der Ergebnisrechnung mit
 - Erträgen von 2.288,12 €
 - Aufwendungen von 1.256,32 €
- und somit einem Jahresüberschuss von 1.031,80 €
- in der Finanzrechnung mit
 - Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 2.288,12 €
 - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 1.256,32 €
 - Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 2.641.000,00 €
 - und
 - Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 74.003,84 €

Der Jahresüberschuss 2017 (SBF) in Höhe von 1.031,80 € wird mit 800,00 € der Allgemeinen Rücklage (Stand 31.12.2017: 921,05 €) und mit 231,80 € der Ergebnissrücklage (Stand 31.12.2017: 102,34 €) zugeführt.

3. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes wird zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin